



Im Workshop 1 „Populismus und Demokratie“ haben Teilnehmer\*innen gemeinsam mit Dr. Tino Heim über den Zusammenhang zwischen Populismus und Demokratie vor dem Hintergrund der heutigen Geschlechterrollen diskutiert. Als Impuls diente der zuvor gehaltene Vortrag des Referenten, in dem dieser auf die regressiven Geschlechterbilder des Rechtspopulismus einging. Zudem beschrieb Dr. Heim, wie die zugrunde liegenden Spannungen im Geschlechterverhältnis in einer Verknüpfung mit rassistischen, sexistischen und nationalistischen Haltungen zu einer Auslagerung auf andere Kulturen und somit einem Freisprechen der eigenen Kultur von eben solchen Spannungen führt. Dabei, so Dr. Heim, gäbe es seit Jahren eine Krise der Anerkennung reproduktiver Arbeit und des Geschlechterverhältnisses, die sich der Rechtspopulismus zunutze mache.

Zu Beginn des Workshops wurden Fragen und Begriffe erläutert, die für die Thematik von Bedeutung sind. Als Einstieg diente hier ein Zitat von Simone de Beauvoir, die sagte: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht.“ Daran anknüpfend lassen sich die beiden Begriffe „Gender“ und „Sex“ definieren und voneinander differenzieren. Während „Sex“ alleine das biologische Geschlecht bezeichnet, meint „Gender“ das soziale, von der Gesellschaft definierte Geschlecht und dient somit als Analysekriterium. Die Entwicklung von „Gender“ hängt mit dem Feminismus zusammen und erlaubt eine neue Definition von Weiblichkeit. Auch die Entwicklung des Feminismus als eine Veränderung der Gesellschaft auf die Belange der Frau hin wurde kurz erläutert und in 3 Wellen eingeteilt. Während die 1. Welle ab dem 18. Jahrhundert für mehr Rechte der Frau, ganz konkret für einen Zugang zu Berufen und Hochschulen, kämpfte, setzte die 2. Welle der Studentinnenbewegung des 20. Jahrhunderts sich für die Selbstbestimmung der Frau und die damit verbundenen gesellschaftlichen Ziele ein. Es wurde dann die Frage aufgeworfen, ob man heute von einer 3. Welle sprechen könne, die vor allem in Wissenschaft und Forschung zu finden sei und für die Gleichstellung von Mann und Frau kämpfe. Als weitere Begriffsklärung wurde Populismus definiert als eine von Opportunismus geprägte Politik, welche die Gunst der Massen erreichen wolle. Dabei sei der Populismus anti-elitär, anti-demokratisch, anti-pluralistisch und agiere postfaktisch durch Dramatisierungen und Zuspitzungen. Zudem sei die Akzeptanz von Aggression und Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ein Merkmal des Rechtspopulismus.

Als Kommentare zu dem am Vormittag Gehörten wurde von einigen Teilnehmer\*innen der Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Frauen angesprochen sowie die oftmals geringe öffentliche Wahrnehmung solcher Vorfälle. Hier müsse an der Wahrnehmung und Einstellung gegenüber diesem Thema gearbeitet werden, so die Teilnehmer\*innen. Des Weiteren wurde die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen betont. Eine produktive Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus sei nur erfolgreich in Verbindung mit einer Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen, so eine Äußerung.

Nach dieser Einführungsphase gingen die Teilnehmer\*innen zur Arbeit mit dem Referenten über. Es wurde die Frage bzw. der Wunsch nach einer Gegenstrategie geäußert, da der Rechtspopulismus alte Geschlechterrollen wieder ins Recht setze. Daraufhin antwortete Tino Heim, dass es nicht nur um eine generelle Zunahme weiblicher Lohnarbeit auf dem Arbeitsmarkt gehe, da diese oftmals im Niedriglohn- oder Teilzeitbereich zu finden sei, sondern dass eine Neuordnung der Reproduktivität erforderlich sei. Es komme hier also nicht nur auf eine ökonomische, sondern vielmehr auf eine kulturelle und gesellschaftliche Veränderung an. Diese Meinung wurde im Laufe des Workshops mehrmals aufgegriffen und von den Teilnehmer\*innen geteilt. Es entstand die Forderung nach einer Neuordnung von Wertigkeiten

in Bezug auf reproduktive Tätigkeiten. Die Notwendigkeit einer solchen Neubewertung wurde herausgestellt.

Unter reproduktiven Tätigkeiten wurden neben Kindererziehung auch ehrenamtliche Arbeit sowie soziale Berufe verstanden. Zusätzlich forderte die Gruppe eine Anerkennung aller Lebensformen. Hier wurde die Meinung geäußert, dass eine institutionalisierte Unterstützung sinnvoll sei.

An die wachsende Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt anknüpfend fragte eine Teilnehmerin, wie die Entwicklung von sog. „männlichen Tätigkeiten“ sei und ob man hier nicht auch diese Seite mit berücksichtigen müsse. Dem wurde zugestimmt und die größere Unsicherheit auch bei den sog. „männlichen Tätigkeiten“ betont, da durch vermehrte weibliche Lohnarbeit auch männliche Arbeit verdrängt werde und zudem eine Entwertung mancher Berufe festzustellen sei. Dabei hätten vor allem jüngere Männer heute eine größere Bereitschaft zur Übernahme von reproduktiven Tätigkeiten. Das Ernährer-Lohn-Modell funktioniere heute nicht mehr, es gebe also eine Entwicklung von Lebensorientierungen und Strukturen. Dennoch sei es ein Trugschluss, dass durch die Arbeit der Frau diese weniger an Care-Aspekten beteiligt sei.

Hier wurde das Interesse an der Frage nach den Schwachpunkten unserer Demokratie sowie dem Zusammenhang von Demokratie und Populismus geäußert. Welche Form von Demokratie sei nötig, wurde gefragt, um Nebenwirkungen bekämpfen zu können. Daraufhin sagte ein Teilnehmer, dass es um die Erweiterung von Demokratieerfahrungen gehe, von der viele Menschen zurzeit weit entfernt seien. Genau diese Passivität werde von populistischen Bewegungen gezielt mobilisiert. In der Politik müsse hier die Sprache wiedergefunden werden, die die Menschen auch erreicht. Ergänzend dazu äußerte Herr Dr. Heim, dass es eine Auseinanderentwicklung zwischen Realpolitik und der Idee von Demokratie und Beteiligung gebe, somit also ein Demokratiedefizit. Zudem konstatierte er ein erodiertes Demokratieverständnis durch eine machtkonforme und marktorientierte Haltung gegenüber der Demokratie.

Die Demokratieerfahrung beginne bereits auf der kleinen Ebene z.B. durch Kompromissaushandlungen, was jedoch heute oftmals fehle. Diese Aussagen fand Zustimmung unter den Teilnehmer\*innen, die daraufhin eine Verbindung zum Populismus und Feminismus herstellten. Durch die Verunsicherung in Geschlechterfragen und die Veränderung der Geschlechterrollen erlebe der Antifeminismus, vor allem in Krisenzeiten, höhere Unterstützung. Zudem würden verschiedene Diskriminierungsformen ineinander greifen. Da der Rechtspopulismus von einer natürlichen Machtverteilung ausgehe, also die Macht beim Mann sehe, bedeute eine Gleichstellung insofern ein Machtverlust von Männern. Zudem sei die Politik oftmals männerdominiert und orientiere sich an männlichen Normen, was Unterschiede bei der gesellschaftlichen Arbeitsteilung begünstige.

Weiterhin wurde die Forderung gestellt, es müsse wieder vermehrt eine Diskussion über politische Lösungen stattfinden, in der die Menschen durchaus mit der Komplexität konfrontiert werden sollten anstatt bereits beschlossene und einfache Lösungen präsentiert zu bekommen. Es sei eine gesellschaftliche Debatte notwendig. Dazu wurde angemerkt, dass es auf persönlicher Ebene viel Engagement und Interesse an Partizipation gebe, in der Politik oft eine Blockadehaltung vorherrsche. Hier wurde betont, dass man dabei den Bürgern den Raum geben müsse, mitsprechen zu können. Gerade gegenüber der Parteipolitik äußerten die Teilnehmer\*innen Kritik insofern, als dass diese meist nur bereits beschlossene Punkte öffentlich machten und massive Defizite aufwiesen. Kritikpunkte waren vor allem die fehlende Bürgernähe und die hierarchische Struktur, die die Frage nach einer mangelnden Demokratie innerhalb der Parteien aufwarf. Gefordert wurde schließlich von der Gruppe, dass jeder Einzelne versuchen müsse, sich einzubringen und zu partizipieren. Außerdem wurde betont,

dass Abgeordnete wieder „meine“ Abgeordneten werden müssten, also Parteien selbst wieder demokratisiert werden müssen.

Des Weiteren wurde ergänzt, es sei mehr Kommunikation nötig und eine größere Sensibilisierung in den Schulen, z.B. durch mehr Gemeinschaftskundeunterricht.

Abschließend wurde eingebracht, dass zivilgesellschaftliches Engagement wichtig sei, allerdings keine Kompensation für die Strukturprobleme der Politik darstellen könne. Daher stelle sich hier die Frage nach einer aktiven Gestaltung von Demokratie, die nicht marktorientiert, sondern bürger\*innenorientiert sei. Es wurde die These aufgestellt, dass das momentane Parteienmodell möglicherweise überholt sei.

Daran knüpfte auch die für die Podiumsdiskussion entwickelte Frage an. Die Teilnehmer\*innen des Workshops „Populismus und Demokratie“ fragten die verschiedenen Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten:

„Wie kann das gegenwärtige Parteienmodell partizipationsorientierter bzw. teilhabeorientierter umgestaltet werden?“

Zuletzt wurde noch das Projekt Mannheim 2030 angesprochen, das eine Ideensammlung von Bürgerinnen und Bürgern anstrebt, wie Mannheim auf kommunaler Ebene die Ziele der UN bis 2030 umsetzen könnte und was den Bürgern dabei besonders wichtig ist. Diese Vision Mannheim 2030 soll bis Ende 2018 ausgearbeitet sein. Alle Teilnehmer\*innen wurden dazu aufgerufen, ihre Ideen dafür einzubringen.

